

Einbruch bei Deutscher Bank: Erste Klagen eingereicht

Bank zahlte bisher drei Millionen Euro Entschädigung – Anwälte kritisieren Staatsanwaltschaft

VON HANNES LINTSCHNIG UND BEND STREBEL

LÜBECK. Jetzt geht's vor Gericht. Offenbar hat das lange Warten auf Entschädigung mindestens zwei Personen, deren Schließfächer bei der Deutschen Bank bei dem Einbruch im Dezember 2024 ausgeräumt wurden, gereicht: Sie haben die Deutsche Bank verklagt.

Das bestätigt ein Sprecher des Landgerichts Lübeck. Zwei Zivilverfahren in dieser Sache seien beim Landgericht anhängig. Ein Verfahren soll sogar schon im Oktober am Burgfeld in Lübeck beginnen. Nach LN-Informationen wurde eine der beiden Klagen gegen das Kreditinstitut bereits im Mai eingereicht. Wer genau die Geduld verloren und die Deutsche Bank verklagt hat, steht nicht fest. Klar ist aber: Die Kläger müssen einen rechtlichen Beistand haben, denn bei einer Klage beim Landgericht herrscht, anders als beim Amtsgericht, Anwaltspflicht.

Ungeduld bei Geschädigten wächst

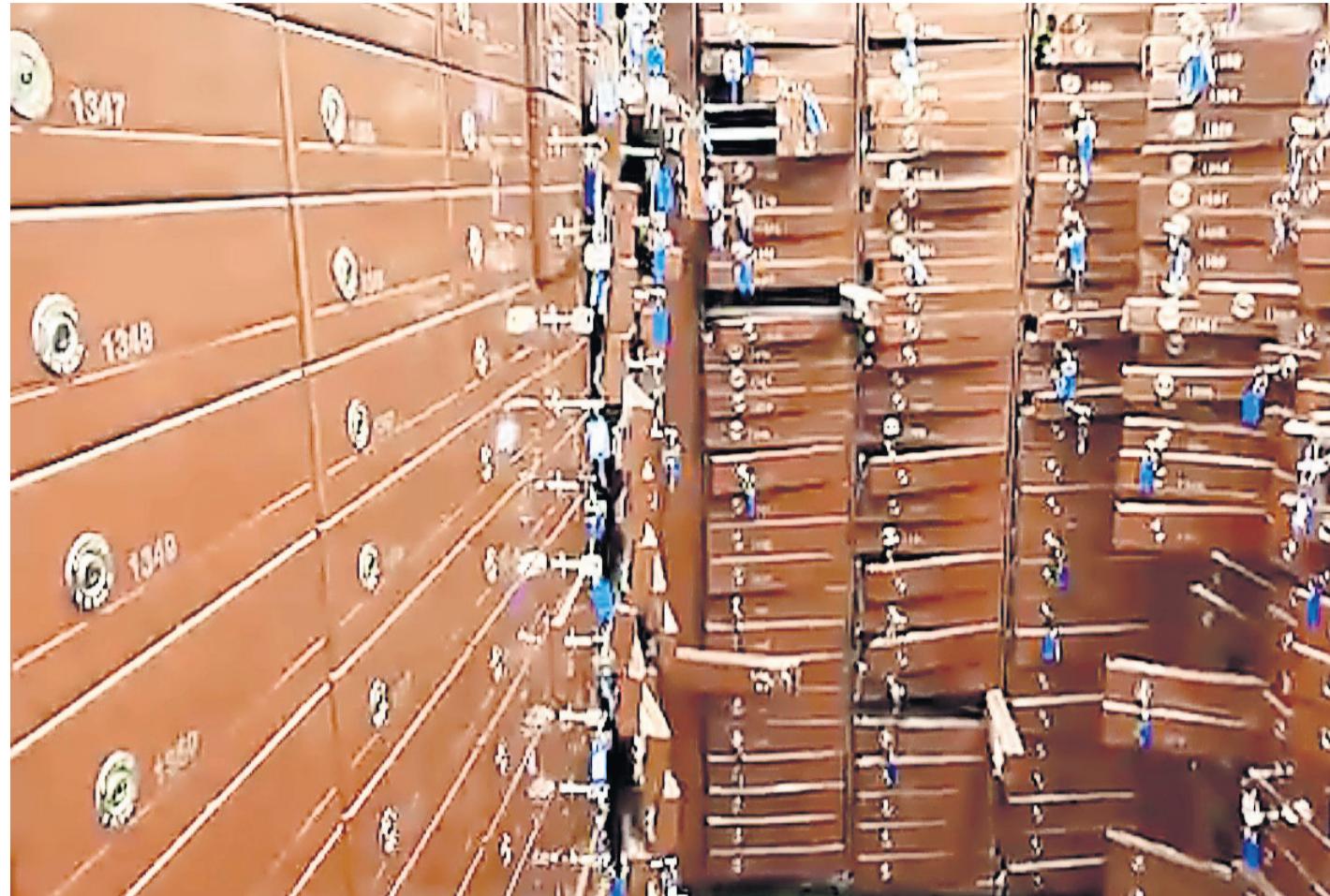
Der Lübecker Rechtsanwalt Titus Jochen Heldt, der mehr als 20 Geschädigte des Einbruchs vertritt, steckt nicht hinter den Klagen. „Von meinen Mandanten hat bisher noch niemand geklagt. Aber ich kann verstehen, wenn Geschädigte die Geduld verlieren“, sagt Heldt. „Ich könnte sogar verstehen, wenn einige meiner Mandanten die Geduld verlieren und klagen wollen. Denn der Entschädigungsprozess läuft wirklich sehr zäh.“

„

Das ist schon höchst seltsam.

Titus Jochen Heldt
Rechtsanwalt, über die Staatsanwaltschaft Lübeck

Auch nach monatelanger Kommunikation mit der Deutschen Bank wurde noch keiner seiner Mandanten entschädigt, aber: „Ich rechne damit, dass bald auch die ersten meiner Mandanten entschädigt werden.“



So sah der Tresorraum der Deutschen Bank am Kohlmarkt in Lübeck nach dem Einbruch aus. Kriminelle hatten im Dezember 2024 insgesamt 371 Schließfächer geknackt und verschwanden mit einer Beute im Wert von rund 18 Millionen Euro.

FOTO: PRIVAT

Bei Jürgen Hennemann, Fachanwalt für Versicherungsrecht und Haftpflichtspezialist aus Buchholz (Niedersachsen), der eine Vielzahl Geschädigter berät und vertritt, läuft es etwas besser. 20 Prozent seiner Mandanten seien bereits von der Deutschen Bank entschädigt worden. Dennoch sagt Hennemann: „Die Pilgerschrittgeschwindigkeit, in der der Entschädigungsprozess läuft, ist nicht mehr akzeptabel. Uns geht langsam die Geduld aus.“

Geklagt hat Hennemann aber noch nicht, die Verfahren beim Landgericht Lübeck gehen nicht auf sein Konto.

Deutsche Bank äußert sich nicht

Die Deutsche Bank selbst äußert sich nicht zu den beiden Klagen. Ein paar Monate, nachdem Einbrecher Bargeld, Schmuck und Gold im Wert von rund 18 Millionen Euro aus 371 Schließfächern der Filiale am Kohlmarkt erbeutet hatten,

startete das Kreditinstitut einen Entschädigungsprozess. Dabei war zu diesem Zeitpunkt noch überhaupt nicht klar, ob die Sicherheitssysteme der Bank versagt hatten und sie deswegen tatsächlich Entschädigungen zahlen muss.

„Inzwischen haben wir eine Reihe von Geschädigten in außergerichtlichen Einigungen zeitnah und einvernehmlich mit insgesamt drei Millionen Euro entschädigt“, sagt ein Sprecher der Deutschen Bank. „Der Entschädigungsprozess wird sehr gut angenommen und weiter sorgfältig umgesetzt, um berechtigte Ansprüche zu erstatten.“

Späte Einsicht in die Ermittlungsakte

Um genau zu klären, ob ihre Mandanten berechtigte Ansprüche auf Entschädigung haben, bekamen sowohl Heldt als auch Hennemann mittlerweile Einblicke in die Ermittlungsakte der Lübecker Staatsanwalt-

schaft. Das hatten die beiden Juristen schon seit Monaten gefordert. Schließlich sind die Informationen, wie die Einbrecher ihren spektakulären Coup durchziehen konnten und ob dabei Sicherheitssysteme der Deutschen Bank versagt, für ihre Mandanten nicht unerheblich.

Doch mit den Informationen aus der Akte, die ihnen die Staatsanwaltschaft bereitstellte, können sie nicht viel anfangen. „Es waren nur belanglose Daten, keine Infos zu den Sicherheitssystemen der Bank“, sagt Jürgen Hennemann. „Es wird von Seiten der Behörde weiter mit dem Begriff der Gefährdungslage kokettiert, also, dass die Herausgabe von Informationen den Ermittlungserfolg der Beamten gefährden könnte. Aber wo soll nach neun Monaten noch eine Gefährdungslage sein? Es geht schließlich um die Sicherheitstechnik der Bank und wie sie sich von den Einbrechern hat übertölpeln lassen.“

Auch Titus Jochen Heldt ist fassungslos. Solch eine Ermittlungsakte könne in anderen Fällen Tausende Seiten lang sein. „Mir wurden nur vier oder fünf Seiten der Akte bereitgestellt. Darunter das Deckblatt und mein eigenes Gesuch zur Akteneinsicht. Das kenne ich aber schon. Leider war kein einziges Blatt zum eigentlichen Ermittlungsergebnis dabei“, sagt Heldt. Solch ein Verhalten der Staatsanwaltschaft habe er in seinem Berufsleben noch nicht erlebt. „Das ist schon höchst seltsam. Und pro Fall würden uns auch noch 12 Euro in Rechnung gestellt für Dokumente, die wir größtenteils selbst geschrieben haben.“

Die Lübecker Staatsanwaltschaft geht auf die Vorwürfe nicht explizit ein. Die einzelnen Fallakten der Mandanten können laut Jens Buscher, Sprecher der Staatsanwaltschaft, unterschiedlichen Umfang haben. Eine umfassende Akteneinsicht sei noch nicht erteilt worden.

Roonstraße: Neue Fahrradstreifen, Parken wie früher

Lübeck plant die Umgestaltung in St. Gertrud: Welche Vorteile die Stadtverwaltung darin sieht

VON OLIVER PRIES

LÜBECK. Die Fahrradwege in der Roonstraße auf Marli zählen zu den schlimmsten der Stadt. Baumwurzeln heben den Radweg an, brechen ihn auf, direkt am Radweg parkende Autos sorgen für Unsicherheit. Das soll sich jetzt ändern. Denn die Lübecker Stadtverwaltung plant, Radfahrstreifen auf der Roonstraße anzulegen.

„Die Radwege in der Roonstraße (B75) sind für den Schülerverkehr wichtig, außerdem gehört die Roonstraße zum Landesweiten Radverkehrsnetz Schleswig-Holstein“, begründet die Stadtverwaltung die Maßnahme. Auf jeweils 340 Metern zwischen der Walderseestraße und der Hövelnstraße aber seien die alten Radwe-



Die Roonstraße in Lübeck wird einspurig. Die Stadtverwaltung wandelt eine Fahrspur je Richtung in Fahrradstreifen um. FOTO: OLIVER PRIES

ge kaum noch passierbar. „Mit Lastenrädern kann der Radweg schlecht oder gar nicht befahren werden. Ein sogenannter Sicherheitstrennstreifen zwischen Radweg und parken-

den Kfz fehlt, so dass das Radfahren im Türöffnungs-Bereich der Autos gefährlich ist.“ Zudem könne auf den Radwegen kein Winterdienst mehr geleistet werden. Im vergangenen

Winter mussten die Radwege daher schon gesperrt werden.

Weil die Roonstraße im Oktober saniert werden soll, sollen darum nun neue Fahrradstreifen her. Sie sind jeweils 2,25 Meter breit und befinden sich direkt auf der Fahrbahn. Die Roonstraße wird also künftig nur noch eine Fahrspur in beide Richtungen haben. Die werden laut Stadtverwaltung aber extra komfortabel: Mit 3,25 Meter pro Spur sind sie dann breiter als zuvor.

Dafür müssen aber die Autos verschwinden, die nun beidseitig direkt auf der Roonstraße parken. Sie sollen künftig wieder zwischen den Bäumen und auf dem alten Radweg parken. Diesen Parkraum hatte die Stadtverwaltung im April 2023 gestrichen, nun soll er

wieder genutzt werden.

Mit der Planung sieht die Stadtverwaltung zahlreiche Vorteile: Durch die Umsetzung im Zuge der Straßensanierung könne man die Kosten dafür niedrig halten, heißt es in einer Pressemitteilung. Zudem würde der Wegfall von zwei Fahrspuren für eine Lärmmindehung in dem Bereich sorgen, der den Anwohner zugute komme. Und: Die Entsiegelung der alten Radwege gebe den dortigen Bäumen mehr Platz.

Am kommenden Montag will die Stadtverwaltung ihre Pläne im Bauausschuss der Bürgerschaft vorstellen. Mit der Fertigstellung der Roonstraße einschließlich der neuen Radfahrstreifen rechnet die Lübecker Stadtverwaltung noch vor den Wintermonaten.

Streit um geplante Kürzungen

VON KAI DORDOWSKY

LÜBECK. Der FDP-Fraktionschef Thorsten Fürter legt sich mit den Sozialverbänden an, die Zuschüsse von der Stadt bekommen. Fürter bezeichnet deren Kampagne gegen geplante Budgetkürzungen als „völlig maßlos“.

Bürgermeister Jan Lindenau (SPD) hat vorgeschlagen, bei den regulär anstehenden Neuverhandlungen von Budgetverträgen zehn Prozent einzusparen. Damit sollen ab 2027 rund 3,8 Millionen Euro eingespart werden.

Dagegen wehren sich die Empfänger. Vor der jüngsten Bürgerschaftssitzung am vergangenen Donnerstag protestierten die Verbände vor dem Rathaus und forderten „Zehn Prozent mehr statt weniger“.

„Die sozialen Träger haben in den vergangenen Jahren viel Geld aus der Stadtkasse bekommen“, rechnet der FDP-Politiker vor, „noch in den Jahren 2015 bis 2017 lagen die Zuschüsse für soziale und ähnliche Einrichtungen im Fachbereich Wirtschaft und Soziales bei unter drei Millionen Euro. Im aktuellen Haushalt 2025 liegt der Beitrag bei rund sechs Millionen Euro.“

Bei einem stark defizitären Haushalt sei ein Sparbeitrag von zehn Prozent mehr als angemessen, sagt Fürter: „Wer glaubt, wir könnten im Sozialbereich jedes Jahr weiter draufsatteln, riskiert auf mittlere Sicht den Bankrott der Stadt.“

Lindenau verliert Schoko-Wette

VON HELGE VON SCHWARTZ

LÜBECK. Die Fairtrade-Organisationen haben eine Schoko-Wette gegen Bürgermeister Jan Lindenau (SPD) gewonnen. Sie haben darauf gesetzt, dass innerhalb der beiden Fairtrade-Wochen in Lübeck mehr Schokolade verkauft wird als der Bürgermeister wiegt.

„450 Kilogramm fair gehandelte Schokolade wurden im Weltladen, bei Landwege und One Fair Trade sowie im Hotel an der Marienkirche verkauft“, sagt Bettina Sick-Folchert vom Weltladen Lübeck. „Damit haben wir den Bürgermeister mehr als viermal aufgewogen!“

Jan Lindenau hatte zugesagt, für den Fall einer Niederlage zwei weitere fair gehandelte Produkte im Rathaus einzuführen. Das werden Tee sowie kleine Schokoladentäfelchen sein, die bei Empfängen als Alternative zum Marzipan angeboten werden.

Die Hansestadt setzt sich seit fast 15 Jahren für fairen Handel ein. Der Titel Fairtrade-Stadt wurde ihr erstmals 2011 durch den Verein Fairtrade Deutschland verliehen. Dafür muss sich die Stadt für fairen Handel einsetzen und bestimmte Kriterien erfüllen. Lübeck darf den Titel für zwei weitere Jahre tragen, hat die Stadt jetzt verkündet. Weltweit gibt es über 2000 Fairtrade-Städte in 36 Ländern.